

»Mehr Jugendhilfe stoppt kriminelle Karrieren«

Experten gegen Unions-Pläne zum Jugendstrafrecht

Frankfurt a.M. (epd). *Im anhaltenden Streit über mögliche Verschärfungen im Jugendstrafrecht und die Einrichtung von Erziehungslagern haben sich Wohlfahrtsverbände und Juristen gegen eine härtere Gangart gegenüber jungen Tätern ausgesprochen.*

Caritas-Chef Peter Neher sagte am 3. Januar, die heutigen Instrumente reichten aus. Auch die Diakonie ist gegen höhere Strafen. Es fehle an Geld, um Gesetze schnell anzuwenden, so der rheinländische Präses Nikolaus Schneider.

Die Union drängt weiter auf Verschärfungen im Strafrecht und setzt die SPD unter Druck. Die Justizminister der unionsgeführten Länder forderten Justizministerin

Brigitte Zypries (SPD) am 9. Januar auf, das Jugendstrafrecht zu reformieren. Doch die Sozialdemokraten wollen hart bleiben, so die Ministerin.

Es müsse einen Dreiklang von »Vorbeugen, Hinsehen und Eingreifen geben«, so die CDU. Sie hatte zuvor in ihrer Wiesbadener Erklärung unter anderem Erziehungscamps für Intensivtäter gefordert.

Dass Erziehung auch ohne Drill und Erniedrigung geben kann, will die Kaiserswerther Diakonie beweisen. Sie eröffnet in Kürze in Bedburg-Hau eine Einrichtung für straffällige Kinder. »Ausblick« heißt das Projekt, das die Kinder »durch intensive Erziehungsarbeit wieder erden will«. **Seiten 6-10**

Friedrich Schophaus

»Vision Bethels trägt seine Handschrift«

Bielefeld (epd). Am 28. Januar wird Bethel-Chef Friedrich Schophaus 65 Jahre alt. Ende des Monats tritt er nach 13 Jahren an der Spitze des europaweit größten diakonischen Unternehmens in den Ruhestand. Mitarbeiter und Bethel-Bewohner schätzen seine direkte und pragmatische Art. Anerkennung fand er auch bei der politischen Prominenz. Kanzlerin Angela Merkel, 2006 zu Gast, sagte: »Die Vision Bethels trägt seine Handschrift.« Die geschichtsträchtigen von Bodelschwingschen Anstalten stünden in Deutschland und Europa als Synonym für Mitmenschlichkeit und gesellschaftliche Solidarität. **Seite 17**

Themen

Drei Jahre Hartz IV haben das Land verändert

Gespaltene Gesellschaft

Frankfurt a.M. (epd). Wohl kein anderes Gesetz in der Geschichte der Bundesrepublik hat die sozialpolitische Debatte geprägt wie das Hartz-IV-Gesetz. Es hat massive Proteste ausgelöst, und es hat die politische Landschaft (Stichwort: »Die Linke«) verändert. Drei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes zieht der Soziologe und Privatdozent Rudolf Stumberger für epd sozial eine Bilanz: Zum einen hinsichtlich der Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, zum anderen

unter einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive. Dabei spart er nicht mit Kritik: »Hartz IV ist zu einem angstbesetzten Begriff und zu einem gesellschaftlichen Disziplinarmittel geworden.« Das handwerklich schlecht gemachte Gesetz stehe für eine so bisher nie da gewesene soziale Front, an der massive Auseinandersetzungen stattfinden. Die Konflikte, so der Autor, weisen auf die mögliche Herausbildung einer neuen Klassengesellschaft im 21. Jahrhundert hin. **Seiten 12,13**

Studie prüft Suchttherapie

Cannabis-Behandlung in Berlin auf dem Prüfstand **Seite 4**

Butter und Salat wieder in Reichweite

Cap-Märkte geben Behinderten Arbeit **Seite 5**

SPD hält fest an Mindestlöhnen

Streit in der Koalition dauert weiter an **Seite 11**

Scharfe Töne im Streit über Jugendgewalt

Zwist über härteres Strafrecht dauert an / Altkanzler Schröder kritisiert Merkel

Berlin (epd). Der Streit über eine mögliche Verschärfung des Jugendstrafrechts ebbt nicht ab. Altkanzler Gerhard Schröder (SPD) warf Bundeskanzlerin Angela Merkel und Hessens Ministerpräsident Roland Koch (beide CDU) vor, auf dem rechten Auge blind zu sein. Ähnlich äußerten sich die Grünen und die Linkspartei. CDU und CSU wiesen die Vorwürfe zurück. Zugleich mehrten sich Stimmen für die Einrichtung sogenannter Erziehungscamps.

Schröder bemängelte, von Merkel und Koch sei nichts darüber zu hören, dass junge Rechtsradikale im Schnitt jeden Tag drei Gewalttaten verüben. »Hier wird mit Einseitigkeiten Wahlkampf betrieben«, kritisierte er am 8. Januar in der »Bild«-Zeitung.

Der Altkanzler habe offenbar jeden Kontakt zur Wirklichkeit verloren, konterte CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla. Die Kriminalität ausländischer Jugendlicher »in U-Bahnen, Bussen und Öffentlichen Plätzen« sei schon lange ein Problem. Pofalla konfrontierte den Ex-Kanzler zudem mit einem Zitat Schröders aus dem Jahr 1997: »Wer unser Gastrecht missbraucht, für den gibt es nur eins - raus und zwar schnell.« Der Junion jetzt vorzuwerfen, einen unlauteren Wahlkampf zu führen, zeige nur »die Stillosigkeit dieses Herrn«, so der CDU-General. CSU-Generalsekretärin Christine Haderthauer nannte es geheuchelt, wenn die SPD jetzt auf junge Rechtsradikale zeige und gleichzeitig härtere Gesetze gegen Jugendkriminalität blockiere.

»Die CDU will das Jugendstrafrecht für alle Jugendlichen in Deutschland ändern«

Pofalla wies zugleich die Kritik des Zentralrats der Juden in Deutschland scharf zurück. Der Vorwurf von Zentralratspräsidentin Charlotte Knobloch, Kochs Wahlkampf unterscheide sich kaum noch von der NPD, sei an Absurdität kaum zu überbieten, so Pofalla im rbb-Infonradio. Die CDU wolle das Jugendstrafrecht für alle Jugendlichen in Deutschland ändern.

Grünen-Chef Reinhard Bütikofer warf Merkel vor, beim rechten Populismus Kochs mitzuschwimmen. Es sei verheerend, dass Merkel die Diskussion über Jugendgewalt auf diese Weise politisch nutze, ohne gleichzeitig die »alltäglich gewordenen Angriffe auf Ausländer wenigstens genauso zu geißeln«, sagte er.

Linkspartei-Chef Oskar Lafontaine sagte in der »Frankfurter Rundschau«, es sei doch auffallend, dass Koch schweige, wenn rechte Schläger Ausländer zusammenschlugen. Er betonte, gute Schulen seien die besten Erziehungscamps. Zudem lehre die Erfahrung, dass Jugendliche, die zu früh »in den harten Knast« geschickt würden, sich oft zu lebenslangen Gewalttätern entwickelten. Die Bundesintegrationsbe-

auftragte Maria Böhmer und die hessische Sozialministerin Silke Lautenschläger (beide CDU) sprachen sich unterdessen für den Aufbau von Erziehungscamps für straffällige Jugendliche aus. Es sei deutlich geworden, dass neue Wege beschritten werden müssten, sagte Böhmer im ARD-Morgenmagazin. Jugendliche, die nie Regeln erfahren und befolgt hätten, müssten diese lernen. Eine solche Institution sei eine Chance, Jugendliche in die Gesellschaft zurückzuholen.

Kombination aus klaren Regeln, Disziplin und Geborgenheit

Lautenschläger wies auf das Camp des Ex-Profiboxers Lothar Kannenberg im nordhessischen Diemelstadt-Rhoden hin. Mit seiner Kombination aus klaren Regeln, Disziplin und Geborgenheit sei es für die Bewohner oft die einzige Alternative zur Unterbringung in einer geschlossenen Einrichtung.

Die Justizminister der unionsgeführten Länder forderten Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) auf, das Jugendstrafrecht zu reformieren. Zypries und die SPD dürften nicht länger den Kopf in den Sand stecken, sagte die niedersächsische Justizministerin Elisabeth Heister-Neumann (CDU) nach einer Sonderkonferenz zum Thema Jugendgewalt am 9. Januar in Berlin. Es müsse einen Dreiklang von »Vorbeugen, Hinsehen und Eingreifen« geben.

Die Minister schlossen sich den bereits vom CDU-Bundesvorstand erhobenen Forderungen nach einem »Warnschuss-Arrest« bei Bewährungsstrafen, der Anhebung der Höchststrafen von 10 auf 15 Jahre und der grundsätzlichen Anwendung des Erwachsenenstrafrechts auf Heranwachsende an. Sie forderten auch die Möglichkeit, Fahrverbote gegen Jugendliche zu verhängen.

Zypries (SPD) sagte dagegen, die Vorschläge der Union zur Verschärfung des Strafrechts würden zum großen Teil bereits seit Jahrzehnten diskutiert, Fachleute hätten sich aber immer wieder gegen sie ausgesprochen. So sei etwa die Forderung nach einem Warnschussarrest von drei Tagen »völliger Populismus«. Eine solch kurzzeitige Maßnahme verhindere keine kriminelle Karriere. Eine Erhöhung der Höchststrafe für kriminelle Jugendliche wiederum mache es schwerer, die Täter nach Abbüßen der Haft wieder zu integrieren.

Zypries sprach sich für schnellere Strafverfahren aus. Daneben müsse verstärkt auf Prävention und Integration gesetzt werden. SPD-Innenexperte Dieter Wiefel-spütz attackierte Ministerpräsident Koch. Er habe im Wahlkampf eine unseriöse Debatte angezettelt, sagte der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Koch fürchte offenbar den Verlust seines Amtes bei den Landtagswahlen am 27. Januar. Auch Wiefel-spütz betonte, »dass unser Strafrecht nahezu lückellos ist«.

aks/ahe/leh/db

Militärischer Drill versus Regeln und Geborgenheit

Bei der Forderung nach Erziehungscamps fehlt es an der Begriffsklärung

Berlin (epd). *Im Streit um eine mögliche Verschärfung des Jugendstrafrechts wird immer wieder die Forderung nach so genannten Erziehungscamps laut. Der Begriff ist in Deutschland nicht geklärt und sorgt daher für Missverständnisse. Kritiker einer Ausweitung solcher Einrichtungen denken dabei vor allem an die wegen ihrer harten Methoden umstrittenen »Boot Camps« in den USA. Deutsche Befürworter von Erziehungscamps distanzieren sich zumeist davon. Sie verlangen aber, dass von straffälligen Jugendlichen vermehrt Respekt und Einhaltung von Regeln trainiert werden.*

In den »Boot Camps« sollen in Schwierigkeiten geratene Jugendliche, meist unter starkem militärischen Drill, wieder auf die rechte Bahn gebracht werden. Dafür zahlen in der Regel die Eltern – zwischen 130 und 450 US-Dollar am Tag.

In einigen US-Bundesstaaten wird die Einhaltung geltenden Rechts in den Camps überwacht, in anderen ist nicht einmal eine Lizenz nötig, um sie zu eröffnen. In Folge hat es eine Reihe von Todesfällen und Missbräuchen gegeben, wie eine Anhörung im US-Kongress im Oktober ergab. Jugendliche, zum Teil minderjährige, starben auf Gewaltmärschen an Hunger und Dehydration, wurden geschlagen und vernachlässigt.

»Boot Camps mit Menschenwürde nicht zu vereinen«

Fordert in Deutschland jemand Erziehungscamps, nimmt er von solchen »Boot Camps« in aller Regel Abstand. Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) sagt, mit der Menschenwürde seien solche Einrichtungen nicht zu vereinen. Institutionen, in denen gegenseitiger Respekt gelehrt wird, hält sie jedoch für richtig. Auch Unions-Vizevorsitzender Wolfgang Bosbach (CDU), der Erziehungslager fordert, sagt, es gehe ihm nicht um entwürdigenden Drill und menschenverachtende Methoden. Jugendliche sollten stattdessen lernen, strikt Regeln einzuhalten.

Die Verschärfung des Jugendstrafrechts ist für den Ausbau solcher Einrichtungen nicht nötig. Seit der Föderalismusreform sind die Länder für den Jugendstrafvollzug zuständig und erlauben bereits weitestgehend Formen des »offenen« Strafvollzugs, der auch neue Wege im Kampf gegen Jugendgewalt möglich macht.

Die bekannteste Einrichtung für kriminelle Jugendliche ist wohl das »Box-Camp« des früheren Boxers Lothar Kannenberg, der dafür das Bundesverdienstkreuz erhielt. Der Tagesplan für die Jugendlichen in seinem Camp ist von frühmorgens bis spätabends streng durchstrukturiert und ritualisiert.

Sport spielt nach Angaben Kannenbergs, der als junger Mensch selbst kriminell war, als Handlungsalter-

native eine tragende Rolle. Neben strengen Regeln ist für Kannenberg und seine »Respekttrainer« aber auch die von Unions-Seite mitunter verunglimpfte »Kuschelpädagogik« elementar: »Konsequenz ist ebenso wichtig wie Liebe, Wärme und Geborgenheit«, heißt es im Konzept des Trainingscamps.

Auch diakonische Träger kümmern sich bereits um jugendliche »Problemfälle«

Zwei weitere Einrichtungen für jugendliche »Problemfälle« sind in christlicher Hand. Im Jahr 2003 gründete das Christliche Jugenddorfwerk Deutschland das »Projekt Chance«, indem junge Mehrfach- und Intensivtäter statt einer Haftstrafe ein Trainingsprogramm durchlaufen können. Dazu gehören Sport, Unterricht, gemeinnützige Arbeit und Haushalt. Auch dort wird der Tagesablauf streng durchstrukturiert.

Ein ähnliches Programm bietet das Evangelische Jugend- und Fürsorgwerk EJF-Lazarus Gesellschaft im brandenburgischen Frostenwalde. Stadtfern werden dorthin in die Uckermark seit dem Jahr 1995 junge Straftäter von Jugendrichtern eingewiesen, um sie vor Untersuchungshaft zu bewahren. Auf der Tagesordnung stehen Therapie, Schule und Arbeit.

In Bedburg-Hau in Nordrhein-Westfalen wird Ende des Monats eine evangelische Einrichtung für kriminelle Kinder eröffnet. Sie sollen die Schule besuchen und sich an einen klar strukturierten Tagesablauf gewöhnen. Die Kaiserswerther Diakonie als Träger hat bereits erklärt, dass sie die Einrichtung nicht als Erziehungscamp versteht. *Ann Kathrin Sost* ■

Weitere Informationen:

- Siehe Interview auf Seite 9

Wiesbadener Erklärung

Die CDU in Hessen hat am 8. Januar eine Erklärung herausgegeben, in der es zum Thema Erziehungscamps heißt: »Jugendliche Straftäter müssen frühzeitig, nicht erst nach einer langen kriminellen »Karriere«, etwa in Erziehungscamps mit therapeutischem Gestaltkonzept ein Leben mit fester Struktur und Respekt vor anderen lernen. Es bestehen insbesondere in unionsgeführten Ländern bereits vorbildhafte Projekte, in denen jugendliche Täter mit strengen Regeln, Sport, Disziplin, Arbeit und Verhaltenstraining wieder einen Weg in die Gesellschaft finden. Diese müssen zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger flächendeckend ausgebaut werden. Die Verpflichtung zur Teilnahme an einem Erziehungscamp muss auch bei einer Bewährungsstrafe erfolgen können.« *chv*

Wohlfahrt fordert mehr Geld für Jugendhilfe

Fachleute drängen im Kampf gegen Kriminalität auf mehr Mittel für Jugendhilfe

Frankfurt a.M. (epd) *Experten der Jugendhilfe und Juristen warnen einhellig davor, das Jugendstrafrecht zu verschärfen. Caritas-Präsident Peter Neher sagte am 3. Januar in Freiburg, der Staat verfüge bereits über zahlreiche Instrumente zur angemessenen Reaktion auf Straftaten Jugendlicher. Wichtig sei die rasche Reaktion der Justiz. Der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Nikolaus Schneider, sagte, es mangle an Geld und Personal, um bestehendes Recht schnell anzuwenden.*

Das Problemfeld um verwahrloste Kinder und jugendliche Intensivtäter sei »zu wichtig und zu komplex, als dass holzschnittartige und oberflächliche Lösungsvorschläge wirklich hilfreich sind«, erklärte Schneider in Anspielung auf den hessischen Landtagswahlkampf, in dem sich Ministerpräsident Roland Koch (CDU) für eine schärfere Gangart gegenüber sogenannten Intensivtätern einsetzt.

Nötig ist nach Einschätzung des 60-jährigen Theologen und Sozialethikers neben erzieherischer Arbeit eine Berufs- und Lebensperspektive für prügelnde Jugendliche. »Wir brauchen staatlich geförderte Ausbildung und Arbeit und größeres Engagement der Wirtschaft.«

Zur Diskussion um sogenannte Erziehungscamps sagte Schneider, in diakonischen Einrichtungen gebe es schon jetzt Gruppen mit fester Zeitstruktur und klaren Sanktionen bei Regelverstößen. »Das Brechen der Persönlichkeit, Erniedrigungen und Missachtung gehören nicht zu einem auf dem christlichen Menschenbild gründenden pädagogischen Konzept.« Vielmehr sollten Jugendliche bei aller notwendigen Strenge und Konsequenz zugleich Zuwendung erfahren.

»Das derzeitige Jugendstrafrecht ist kein Strafrecht light«

Caritas-Chef Neher sagte mit Blick auf die verschiedenen Maßnahmen zur Erziehung straffälliger Jugendlicher, das derzeitige Jugendstrafrecht sei kein »Strafrecht light«. Diese Projekte bewirkten eine geringere Rückfallquote als die derzeit diskutierten Abschreckungsmaßnahmen. Der Caritas-Präsident sprach sich zudem für radikal verbesserte Rahmenbedingungen im Jugendstrafvollzug aus. Eine altersgerechte Unterbringung und genügend sozialpädagogisch und therapeutisch geschultes Personal seien die wichtigsten Voraussetzungen für einen Neuanfang nach der Haftzeit.

Auch das Deutsche Kinderhilfswerk wies die Forderung nach härteren Strafen für kriminelle Jugendliche zurück. Wer jugendlichen Gehorsam mit Strafmaßnahmen erzwingen wolle, verlängere die schon vorhandene »Geringschätzung und Desintegration in die

Gesellschaft«, erklärte das Kinderhilfswerk am 7. Januar in Berlin: »Wir haben kein strafrechtliches, sondern ein soziales Problem.«

Bildungs- und Zugangschancen für Jugendliche hätten sich in Deutschland zunehmend verschlechtert, hieß es weiter. So hätten im vergangenen Jahr 7,9 Prozent der Schüler die Schule ohne Abschluss verlassen. Rund 450.000 Jugendliche hätten derzeit noch keinen Ausbildungsplatz. In vielen Kommunen lebe jeder dritte ausländische Jugendliche von Hartz IV. Angesichts dieser Zahlen sei der Ruf nach Bestrafung und Abschiebung »unseriös« und »zynisch«.

In der Diskussion um jugendliche Straftäter hat der Deutsche Richterbund die Kritik an den Gerichten zurückgewiesen. Der Vorwurf, sie behandelten kriminelle Jugendliche zu nachsichtig, sei »schlicht falsch«, sagte der Vorsitzende des Richterbundes, Christoph Frank, am 8. Januar im WDR Radio in Köln. Der Freiburger Oberstaatsanwalt wies auch Forderungen nach Gesetzesänderungen zurück. Was fehle, seien Stellen in der Justiz, um die bestehenden Regelungen zügig umzusetzen.

Die Behörden sollen schnell, präzise und klar am Täter orientiert reagieren

Nach Franks Ansicht müssen die Behörden schnell, präzise und klar am Täter orientiert reagieren. Jugendhilfeeinrichtungen und -beratungen hätten oft Kenntnisse über gefährdete Jugendliche. Vor allem nach der Strafmündigkeit mit dem 14. Lebensjahr sei es wichtig, auf Gewaltkriminalität schnell, klar, nicht unbedingt streng, aber mit eindeutigen Botschaften zu reagieren, forderte der Richterbund-Chef.

Der Jurist kritisierte, dass in Deutschland insgesamt rund 4.000 Richter fehlen. Dadurch gebe es Verzögerungseffekte in der Strafverfolgung, die nach seiner Ansicht auch zulasten der Justiz bewusst in Kauf genommen werden.

Der pfälzische Diakoniepfarrer Gordon Emrich sprach sich ebenfalls gegen eine Verschärfung des Strafrechtes aus. Statt Wahlkampf auf Kosten von jugendlichen Tätern zu betreiben, müsse die Politik mehr in die Zukunft junger Menschen investieren. Vor allem gelte es, die Kinderbetreuung auszubauen und mehr Geld für Schulen, Jugendhilfe und Ausbildungsplätze bereitzustellen, sagte Emrich am 8. Januar in Speyer.

Günter Woltering, Landesgeschäftsführer des Paritätischen Hessen, legte den Finger in die gleiche Wunde. Er kritisierte Regierungschef Koch, der in den zurückliegenden fünf Jahren die Zuschüsse für Jugendhilfe und Gewaltpräventionsprojekte massiv gekürzt habe. Wer Gewalt Jugendlicher verhindern wolle, müsse Armut, Perspektivlosigkeit und Bildungsdefizite begegnen, so Woltering.

db/lwd/lsr/lob

»Kinder müssen erzogen, nicht gedrillt werden«

Diakonie-Expertin Benninghoff-Giese über das Projekt »Aussicht« für straffällige Kinder

Bedburg-Hau (epd). Der nordrhein-westfälische Familienminister Armin Laschet (CDU) sorgte für Verwirrung. In NRW seien flächendeckend Erziehungscamps geplant und eines bereits in Bedburg-Hau an der niederländischen Grenze kurz vor der Inbetriebnahme. Der Mitbetreiber, die Kaiserswerther Diakonie, stellte bereits klar, dass es sich beim Projekt »Aussicht« nicht um ein Erziehungslager handelt. Heiko Ostendorf befragte Hilde Benninghoff-Giese, Fachbereichsleiterin Jugendhilfe des Trägers, über das neue Angebot.

epd sozial: Sehen Sie Ihr Projekt als Erziehungscamp, wie es in den Medien genarnt wurde?

Hilde Benninghoff-Giese: Nein, denn mit dem Begriff Erziehungscamp wird oftmals das Modell der sogenannten Bootcamps verbunden. Wir sind eine Erziehungshilfeeinrichtung. Bei uns wird nicht gedrillt, es gibt auch keine Gruppenertüchtigungen. Wir haben keinerlei Interesse, den Willen und den Charakter des Kindes zu brechen, weil die Kinder, die zu uns kommen, schon gebrochen sind.

epd: Was passiert bei Ihnen stattdessen?

Benninghoff-Giese: Jedes Kind wird sehr individuell behandelt. Der Tagesablauf bei uns ist klar strukturiert. Wie in einer Familie wird morgens zusammen gefrühstückt, dann wird in der eigenen Schule auf dem Gelände unterrichtet, oder es gibt Beschäftigungsmaßnahmen, bei denen die Kinder unter der Anleitung von Pädagogen helfen, den Hof weiter auszubauen.

epd: Wieso holen Sie die Kinder auf einen ehemaligen Bauernhof?

Benninghoff-Giese: Ein Teil unseres Konzeptes ist, dass die Kinder und Jugendlichen in einer besonders reizarmen Umgebung leben. Das heißt, dass keine Kneipe erreichbar und kein Hauptbahnhof in der Nähe ist. Das Ziel ist, die Jugendlichen wieder auf sich selbst zurückzubringen. Denn die meisten wissen gar nicht, wer sie sind. Wir hoffen, dass die Kinder mit unserer Hilfe ein gesellschafts-



Foto:

Hilde Benninghoff-Giese

konformerer Leben führen können.

epd: Wer sucht die Jugendlichen aus?

Benninghoff-Giese: Die Städte und Kommunen in Nordrhein-Westfalen haben Systeme, mit denen sie Jugendliche erfassen und dann beurteilen, ob sie Intensivstraftäter sind oder nicht. Das einmalige

Kaugummikläuten am Kiosk führt also nicht dazu, dass das Kind zu uns kommt. Zu uns gelangen Kinder, die Körperverletzung, Raub oder Erpressung hinter sich haben. Wir versuchen, diesen Weg, den sie beschritten haben, zu unterbrechen.

epd: Die Kinder bleiben bei Ihnen maximal zwei Jahre. Gehen sie dann zurück in ihre Familien?

Benninghoff-Giese: Das ist ein Traum, den wir versuchen zu erreichen. Deshalb arbeiten wir parallel mit den Eltern. Nur die Realität zeigt, dass das bei diesen Kindern kaum noch möglich ist. Denn die Eltern haben teilweise überhaupt kein Interesse mehr an den Kindern.

epd: Was passiert dann mit ihnen?

Benninghoff-Giese: Wir haben das Ziel, die Kinder durch eine intensive Erziehungsarbeit wieder zu erden. Von hier aus gehen sie dann in andere Einrichtungen der Jugendhilfe. Dort werden sie auf das selbstständige Leben vorbereitet. Mit 18 oder 19 Jahren können sie dann ihren Weg ohne oder mit wenig institutioneller Hilfe weitergehen.

epd: Ihre Einrichtung hat keine Mauern oder Zäune. Was macht Sie so sicher, dass die Kinder nicht ausreißen?

Benninghoff-Giese: Die Beziehungsarbeit, die wir leisten. Aus Brandenburg wissen wir, dass die Jugendlichen nicht gehen. In der Regel bleiben die Kinder, weil sie hier Erfahrungen machen, die sie so nicht kannten, dass es Erwachsene gibt, die sie nicht rausschicken, einsperren oder niedermachen.

epd: Schadet die aktuelle Debatte um Erziehungslager Ihrer Arbeit?

Benninghoff-Giese: Ich habe eigentlich die Hoffnung, dass es dem Projekt nützt. Insofern, dass durch die hergestellte Öffentlichkeit und die Darstellung der Notwendigkeit solcher Einrichtungen die Politik bereit ist, mehr in solche Maßnahmen zu investieren. Denn eines muss man ganz klar sagen, auch wenn unsere Arbeit teuer ist, sie kostet nur ein Drittel von dem, was der Jugendstrafvollzug kostet.

»Aussicht« für Strafmündige

»Aussicht« wird von der Kaiserswerther Diakonie und dem Evangelischen Jugend- und Fürsorgewerk Lazarus (EJF) in Berlin betrieben. Lazarus betreibt ähnliche Einrichtungen in Brandenburg, Bayern und Thüringen. »Aussicht« bietet acht straffälligen Kindern zwischen 12 und 15 Jahren Platz, die aufgrund ihres Alters noch nicht verurteilt werden können. Neun Pädagogen und ein Psychologe kümmern sich um die Kinder. *hos*

»Milde zahlt sich aus«

Kriminologe Heinz: Schärferes Jugendstrafrecht erhöht Rückfallrisiko

Frankfurt/Main (epd). Die CDU drängt auf Verschärfungen im Jugendstrafrecht. So verlangt der hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU) einen »Warnschussarrest« oder »Knast auf Probe«, andere erhoffen sich, mittels Drill in Erziehungscamps die Kriminalitätsrate zu senken. Der Kriminologiewissenschaftler Wolfgang Heinz hält wie viele seiner Kollegen die derzeitigen Sanktionsmöglichkeiten jedoch für ausreichend. Eine Verschärfung des Jugendstrafrechts sei sogar für schädlich.

»Die Forderung nach härteren Strafen stiftet eher Schaden als Nutzen«, sagt der Kriminologe und Jugendstrafrechtsexperte Wolfgang Heinz von der Universität Konstanz. Der Ruf nach einer Jugendstrafrechtsverschärfung gehe vor allem auf die Behauptung zurück, die Straftaten junger Krimineller seien deutlich angestiegen sind. Befürworter eines härteren argumentieren zudem, ein höheres Strafmaß schrecke wirksam ab, zumal die derzeitigen Strafsanktionen nicht ausreichen.

»Das bestehende Jugendstrafrecht sieht aber bereits Jugendarreststrafen vor«, betont Heinz. Diese »Denkzettelstrafe« könne in Form eines Freizeitarrests, eines bis zu vier Tage dauernden Arrests oder eines ein- bis vierwöchigen Dauerarrests angeordnet werden. Bei schweren Vergehen können auch eine bis zu fünfjährige und in Ausnahmen zehnjährige Haft in einer Jugendstrafanstalt verhängt werden.

Erziehungscamps wie in den USA, bei denen die Jugendlichen erniedrigt und ihr Wille gebrochen werden, sind in Deutschland nicht erlaubt. Sie würden die Menschenwürde der Täter verletzen. »Es gibt jedoch Ansätze in betreuten Wohngruppen, bei denen Jugendliche und Heranwachsende mehr Disziplin lernen sollen«, sagt Heinz. In der Forschung sei seit langem nachgewiesen worden, dass Arrest oder Haft schädlich für die künftige Entwicklung des Jugendlichen und für die weitere Verbrechensprävention sind. Die Rückfallquote nach einem Jugendarrest liege bei 70 Prozent, weiß der Experte. Werde eine Jugendstrafe dagegen zur Bewährung ausgesetzt, verringere sich die Rückfallquote auf 60 Prozent.

Es gebe keinen Beweis, dass harte Strafen abschrecken, so der Jurist. Im Gegenteil. Die Rückfallrate sei bei inhaftierten Heranwachsenden viel höher als bei jenen, die nur eine Bewährungsstrafe erhalten. Gerade ambulante Maßnahmen wie ein Opfer-Täter-Ausgleich, eine zugewiesene Betreuung oder auch soziale Trainingskurse dienten viel mehr der Verbrechensvermeidung und könnten traditionelle Strafen wie Arrest ersetzen, ohne dass die Rückfallgefahr ansteigt.

Zu diesem Ergebnis kam auch ein Bericht der Bund-Länder-AG für die Innenministerkonferenz über die Gewaltkriminalität junger Menschen vom November 2007. »Milde zahlt sich letztlich aus«, sagt Heinz mit Blick auf die geringeren Rückfallraten bei ambulanten

Maßnahmen. Schließlich sollen die jungen Täter wieder in die Gesellschaft zurückfinden. Nach dem Jugendstrafrecht dürften nur solche Sanktionen verhängt werden, die notwendig und verhältnismäßig sind. Viele Richter hätten jedoch das Problem, dass sie gerne die effizienten ambulanten Maßnahmen bei den Jugendlichen anordnen würden, dies aber wegen mangelnder Angebote nicht möglich ist. Seit Jahren, so kritisiert der Fachmann, würden bei der Jugendhilfe und auf dem Feld der Integration von Zuwanderern die Finanzmittel gekürzt.

Auch die aus den Reihen der Union erhobene Forderung, junge ausländische Straftäter schneller abzuschicken, ist laut Heinz meist rechtlich gar nicht möglich. Jugendliche stünden unter dem in der Verfassung verankerten Schutz der Familie. Das Problem lasse sich so nicht lösen, betont Heinz. Die Gesellschaft habe versagt, die Zuwanderer angemessen zu integrieren.

Aber auch der Abschreckungsgedanke von harten Strafen greift Heinz zufolge nicht. »Abschreckung setzt voraus, dass man die Strafen im Kopf hat«, so der Experte. Viele Straftaten würden jedoch im Affekt geschehen. Oft hätten Jugendliche zudem einen magischen Glauben, dass sie nicht erwischt werden.

Auch der vermeintliche Anstieg der Jugendkriminalität stimme nicht. In der polizeilichen Kriminalstatistik gebe es in den vergangenen Jahren zwar einen Anstieg bei den Körperverletzungsdelikten, dies gehe aber auf ein häufigeres Anzeigeverhalten in der Bevölkerung zurück. Raub- und vorsätzliche Tötungsdelikte seien sogar rückläufig, so Heinz. Genaue, seriöse Zahlen über die Häufigkeit von Tatverdächtigen mit Migrationshintergrund gebe es in Deutschland gar nicht. Heinz: »Nicht der Pass erhöht das Risiko für kriminelles Verhalten, sondern der soziale Hintergrund.« *Frank Leth* ■

Weitere Informationen:

● <http://www.uni-konstanz.de/rtf/kis/Heinz-Wissenstransfer-Jugendstrafrecht.htm>

»Erziehungscamps keine Lösung«

Hannover (epd). Der Kriminologe Christian Pfeiffer hat sich gegen Erziehungsanstalten nach dem Vorbild amerikanischer Bootcamps ausgesprochen. »Wir sollten nicht in zweifelhafte Erziehungscamps oder in Gefängnisse investieren, sondern in gute Schulen«, sagte der Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen in einem epd-Gespräch. In den USA hätten Studien bewiesen, dass die Erziehungslager sich nicht bewährt haben. Pfeiffer fordert stattdessen eine bessere Integration von ausländischen Jugendlichen in das Schulsystem. Dadurch werde einer Kriminalisierung vorgebeugt. *hos*